



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

### **Haushaltsplan 2023;**

**hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms  
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 05 wird der Ansatz im Tit. 892 75 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms) von 23.000,0 Tsd. Euro um 23.000,0 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2023 an anderer Stelle verwendet.

### **Begründung:**

Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird die „grüne“ Zwang-Modernisierung der Heizungsanlagen mindestens 200 Euro pro Quadratmeter betragen. Allein im Jahr 2021 wurden für „klimafreundliche Sanierungen“ laut Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 6,1 Mrd. Euro vom Staat (sprich Steuerzahler) überwiesen. In den letzten drei Jahren hat die Staatsregierung über 20 Mio. Euro durchschnittlich im Jahr für das bayerische 10.000-Häuser-Programm ausgegeben, um den Ausbau von energieeffizienten Heiz-/Speichersystemen auf Basis von Strom und erneuerbarer Energien zu subventionieren.

In den vergangenen 20 Jahren sind die Ausgaben eines Privathaushaltes für Wärme in Deutschland um fast 40 Prozent gestiegen – von 684 Euro im Jahr 2000 auf 954 Euro im Jahr 2019. Allein von September bis Dezember 2021 im Vergleich zum Vorjahr sind die Gas-Heizkosten in Deutschland um weitere 24 Prozent gestiegen, bei Ölheizungen haben sich die Heizkosten verdoppelt (96 Prozent). Die Steuer- und Abgabenbelastung bei Erdgas liegt für bayerische Haushalte bei rund 33 Prozent.

Die Kosten für Wohnen, Strom und Heizung stellen mit durchschnittlich 923 Euro die größte monatliche Ausgabenposition privater Haushalte in Deutschland dar. Im Jahr 2020 machten sie 37 Prozent der Monatsausgaben aus. Im Jahr 2018 betragen diese Kosten noch 908 Euro bzw. 33,6 Prozent der monatlichen Gesamtausgaben.